

Die meisten Bürger scheinen es gar nicht zu bemerken. Der schleichende Abbau der bürgerlichen Rechte, der Privatsphäre, die zunehmende Zentralisierung von Prozessen, die auf föderalistischer Ebene besser und effizienter aufgehoben wären, der rasante Anstieg der Staatsquote, die Vereinnahmung der Interpretationshoheit durch staatlich besoldete Richter über die Legislative, all dies bemerkt der normale Bürger selten und wenn, dann glaubt er dank des Einheitsbreis der linken Staatsverherrlichungs-Medien das müsse so sein. Wir sind ja alle so beschäftigt, dass wir meistens keine Zeit haben, über die wirklich wichtigen Dinge im Leben nachzudenken. Auch das ist natürlich teilweise so beabsichtigt. Früher hörten wir regelmässig Nachrichten am Radio. In diesen kurzen Zusammenfassungen hatte es nur Platz für die als wichtig eingestufteten Ereignisse. Das hat sich inzwischen grundlegend geändert. Sendungen wie die "Tagesschau" oder "10 vor 10" des Schweizer Fernsehen haben sich zum "Infotainment" gewandelt, in welchem nicht die wirklich wichtigen Ereignisse den Ton angeben, sondern oft "skandalträchtige Bagatellen" welche hohe Einschaltquoten verheissen. Auch mit der Wahrheit nimmt man es oft nicht so genau, vor allem aber hat sich die Einordnung der Wichtigkeit der einzelnen Episoden teilweise bis zum Verhältnisblödsinn verschoben.

All dies ist natürlich nicht grundlos passiert. Von diesen Verschiebungen leben ganze "Heerscharen" von staatlichen Bürokraten, von Verwaltungsbeamten in Bern über staatlich besoldete besserwissende Richter bis zu den die "allseligmachende Wahrheit" für sich beanspruchenden Professoren von Georg Kreis über Kurt Imhof bis Roger de Weck. Auch die oft staatlich subventionierten "nichtstaatlichen Organisationen" profitieren fröhlich mit und weiten ihren Einflussbereich durch gute Beziehungen in die Verwaltung ständig aus. Je grösser "Greenpeace" und andere internationale "Umweltmulti" werden, umso schlimmer erscheint der Zustand unserer Welt. Katastrophen Szenarien und Warnrufe sind nämlich gut für das Spendenverhalten der gutgläubigen Bürger. Dass sich die meisten der bisherigen, terminierten "Ende der Welt"-Voraussagen, wie zum Beispiel das "Waldsterben" schliesslich als absolut haltlos herausgestellt haben kümmert die selbsternannten "Doomsday"-Propheten keinen Deut. Sie können sich nämlich getrost auf das kurze Gedächtnis der Bürger verlassen, die mit Hilfe der zum grossen Teil gleichgeschalteten Medien, permanent in Panikstimmung gehalten werden können.

Die Despotie beginnt auf leisen Sohlen

Tausende staatlicher Bürokraten geben sich als Sachwalter des Guten aus - auch wenn sie genauso gut oder schlecht sind wie jene, die sie belehren und lenken wollen, schreibt Peter Ruch.

Als Zwingli nach Zürich kam, zählte man unter den 5000 Einwohnern 214 Geistliche. Das ergibt, auch wenn nicht alle pausenlos Seelsorge leisteten, eine Betreuerdichte von 1 zu 25. Auf dem Land, damals ebenfalls dünn besiedelt, kamen 1400 Kirchen, 54 Kapellen und 20 Brüder- und Schwesternhäuser sowie 12 Klöster hinzu.

Die Reformation brachte unter anderem eine Reduktion des kirchlichen Personals und damit eine Entlastung der Bürger und Handwerksbetriebe. Die vielen Priester hatten keineswegs zu besseren Zuständen geführt. Im Gegenteil: Oft waren Geistliche an Keilereien und Ehebrüchen beteiligt. Die Betreuerdichte diente vorwiegend materiellen Zwecken. Sie verschaffte einer Minderheit Pfründen auf Kosten arbeitender Menschen. Vom Evangelium her war eine solche Ordnung am allerwenigsten zu begründen, denn Jesus hatte das Priesterwesen als Vermittlung zwischen Mensch und Gott aufgehoben und proklamiert, jeder Mensch könne selber vor Gott treten. Das erkannte die katholische Kirche und straffte nach der Reformation ihren Priesterstand.

Zwischen einem freiheitlichen System und der Despotie liegt eine Bandbreite mit vielen Mischformen. Pendelausschläge in die eine oder andere Richtung sind normal. Geht der Trend über mehrere Generationen in die gleiche Richtung, müssen die Alarmlampen blinken. In der Schweiz legt die Staatsquote seit drei Generationen pausenlos zu, und seit 15 Jahren ist dieser Trend stärker als in den meisten OECD-Ländern. Das freiheitliche System befindet sich in einer

Metamorphose Richtung Despotie. Das ist nicht ohne weiteres erkennbar. Despoten treten nie mit offenem Herrschaftsanspruch auf, sondern locken mit Bewahrung, Umverteilung und Sicherheit.

Für diese Angebote sind die meisten Menschen anfällig, speziell wenn das herkömmliche System enttäuscht. So war es auch im alten Israel: Als der Richter Samuel alt war, gelang es nicht mehr, das Richteramt seriös zu besetzen. Die Söhne waren korrupt, so dass das Volk einen König begehrte, «so wie es bei anderen Nationen ist». Dieses Nicht-Argument überdauerte Jahrtausende und wird heute von den Dienstboten der EU verwendet.

Das irrationale Phänomen der wuchernden Staatsquote hat eine rationale Triebfeder: Es geht um Mandate, Pfründen und Jobs. Votieren Rechtsprofessoren gegen die Initiative zur Beschränkung der Verbandsbeschwerde, so spekulieren sie auf Mandate für sich und ihre Juristenzunft. Dramatisieren Nationalfonds oder Umweltverbände die ökologische Lage, läuft das auf mehr Pulte, Sitzungen und Bürokratie hinaus. Die Erziehungsdirektorenkonferenz ihrerseits hat in echt despotischer Manier Eingriffe in die Kindererziehung in die Wege geleitet, mit der Tausende neuer Jobs und Abhängigkeiten generiert würden. Werden andererseits Ausbildungsgänge dauernd verlängert, so dürfte das gleiche Motiv zugrunde liegen. Und das grösste Risiko der jetzigen Finanzkrise liegt wohl darin, dass sich die Staatsbürokratien neue Handlungsfelder erschliessen.

Die Despotie beginnt auf leisen Sohlen. An kleinen Staatswesen lässt sich studieren, wie der Point of no Return überschritten wird. In Basel-Stadt, wo der Kanton 20 000 Arbeitsplätze bei 185 000 Einwohnern bietet, lebt faktisch die Hälfte der Stimmbürger von der öffentlichen Hand. Hinzu kommt die Anziehungskraft solcher Gemeinwesen für Sozialbezüger, die den Trend an der Urne unterstützen. In solchem Klima machen auch «liberale» Parteien inhaltliche Anleihen beim Etatismus. In Deutschland scheint sich die Waagschale bereits grossflächig auf diese Seite gesenkt zu haben.

Wer sich in solchen Strukturen einzu richten weiss, ist kein Unmensch, sondern macht sich das System sowie Trägheit und Gutgläubigkeit zunutze. Er legitimiert sich vorzugsweise quasi religiös und moralisch: Welt erhalten, Menschen verbessern, Gesundheit schützen. Schon die persischen Kaiser und ägyptischen Pharaonen gaben sich als Schutzgötter aus. Die römischen Kaiser erklärten sich - viel raffinierter - zu Stellvertretern der Götter, ein Anspruch, der mitsamt der Führungsstruktur pfannenfertig an die Kirche übergang. Inzwischen sind die Kirchen entmachtet. An ihrer Stelle bauen Menschen- und Weltretter sowie Ethikexperten die moderne Despotie.

Nicht mehr das Gottesgnadentum, dafür angeblicher Rettungsbedarf legitimiert die Aushebelung von Individual- und Freiheitsrechten. Die Trümpfe heissen sozial, ökologisch, gerecht, tier- und naturschützend. Da eigenständiges Denken die Despotie hemmt, passt auch der Niedergang des Bildungswesens gut zum Trend.

Ähnlich wie im Mittelalter weite Teile der Geistlichkeit vordergründig diszipliniert, tatsächlich jedoch nach dem Lustprinzip lebten, geben sich heute Tausende von staatlichen und parastaatlichen Bürokraten als Sachwalter des Guten aus, obwohl sie genauso gut und schlecht sind wie diejenigen, die sie belehren und lenken wollen. Tröstlich immerhin, dass auch Despoten und Despöten ein Verfalldatum haben und dass Zivilcourage und Freiheitsdrang mitunter so überraschend ausbrechen wie der Wetterwechsel oder der Börsencrash.